

Der Landrat wies darauf hin, dass am Mittwochabend, 17.07.2013, der Vorstand des Vereins „Bürger für Beethoven“ um 18 Uhr im Kreishaus, Raum Swist, tagen werde. Er und die Kreisdirektorin werden bei der Gelegenheit – und vor dem Hintergrund „Festspielhaus“ - dem Verein beitreten. Deshalb ermuntere er die Mitglieder des Kreisausschusses, diesem Beispiel zu folgen und ebenfalls an der Sitzung teilzunehmen. Auf Anregung aus dem Kreisausschuss sagte er zu, hierzu noch per E-Mail einzuladen.

Hinweis des Schriftführers: Die Einladung an die Mitglieder des Kreisausschusses erfolgte mit E-Mail vom 16.07.2013.

Abg. Hartmann verwies auf die Sitzung des Arbeitskreises Konsolidierung am 17.07.2013 zu dem Thema „Anteilerwerb rhenag“. Er gehe davon aus, dass hier das „Niederkasseler Modell“ gelte, wonach Vieles, was Vergabe- und Konzessionsentscheidungen angehe, öffentlich und transparent sei. So sei in Niederkassel aus einer nicht-öffentlichen Sitzung berichtet worden. Seine Fraktion gehe davon aus, dass hiermit insoweit offensiv umgegangen werden könne, zumal die Öffentlichkeit im Hinblick auf den Nachtragshaushalt hieran sehr interessiert sei. Auch gehe er davon aus, dass man sich hier auf Verfahrensregeln einige und bitte um sachdienliche Hinweise hierzu durch die Verwaltung.

Der Landrat antwortete, entsprechende Hinweise der Verwaltung seien vorgesehen. Wie man dann damit umgehe, könne man im Arbeitskreis selbst besprechen.

Abg. Hartmann teilte mit, es gebe einen neuen Teilungsbericht der Bundesregierung zur Aufteilung der ministeriellen Arbeitsplätze zwischen Bonn und Berlin. Danach seien aktuell nur noch 39 % der ministeriellen Arbeitsplätze in Bonn. Im vergangenen Jahr seien es noch 42 % der ministeriellen Arbeitsplätze gewesen. Dies sei besorgniserregend. Er bitte den Landrat, hier gemeinsam mit dem Bonner Oberbürgermeister „am Ball zu bleiben“ und, sobald die Zahlen verifiziert seien, mit einer ganz klaren und gemeinsam abgestimmten Position an die Öffentlichkeit zu gehen.

Der Landrat wies darauf hin, dass ihm der neueste Teilungsbericht noch nicht vorliege. Er werde sich hierüber aber gerne mit dem Bonner Oberbürgermeister abstimmen und hierzu dann schriftlich Stellung nehmen, wobei er die Stellungnahme den Mitgliedern des Kreisausschusses vorlegen werde, damit man hier gemeinsam agiere. Er sei der Ansicht, dass dieses Thema auch im anstehenden Bundestagswahlkampf eine Rolle spielen müsse, weshalb sich CDU und SPD in ihren Programmen bereits entsprechend positioniert hätten. Er sei sehr daran interessiert, dass alle Vertreter aus der Region hier „an einem Strang ziehen“ und klar fordern, dass das Berlin/Bonn-Gesetz in allen Teilen eingehalten werde.

Das Ganze nun durch ein Angebot von Vertragsverhandlungen in Frage zu stellen, halte er für sehr gefährlich. Selbst der derzeitige rechtswidrige Zustand sei für die Region allemal besser als die „Rutschbahn“, weil man die Politikbereiche brauche. Dies habe die Bonner Presse bisher nicht verstanden. Auch gehe es hierbei nicht darum, regionale Interessen wahrzunehmen, sondern diese Region mit all ihren Qualitäten und der Internationalität als zweiten Regierungssitz der Bundesrepublik anzubieten. Er sei sich mit seinem Bonner Kollegen einig, dies offensiv vertreten zu wollen. Auch dürfe das Land Nordrhein-Westfalen nicht zulassen, dass dieser zweite Regierungssitz aufgegeben werde, sondern müsse für den Erhalt gemeinsam mit der Region kämpfen.

Abg. Hartmann unterstützte die vom Landrat dargestellten Positionen. Er sehe in der erneuten Verringerung der ministeriellen Beschäftigtenzahl in Bonn eine Aushöhlung des Bonn/Berlin-Gesetzes. Hier sei Beharrlichkeit gefragt.

Abg. Bausch unterstrich die Ausführungen des Landrates, insbesondere zum Bonn/Berlin-Gesetz sowie zu den Politikbereichen. Deshalb sollte man sich sehr genau überlegen, ob man sich in eine Vertragsverhandlung neuerer Art begeben sollte. Er bat den Abg. Hartmann, den Mitgliedern des Kreisausschusses den Teilungsbericht zur Verfügung zu stellen.

Abg. Hartmann präzierte, der dargestellte aktuelle Sachstand stamme aus der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage des SPD-Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber, die er gerne zu Protokoll geben könne.

Hinweis des Schriftführers: Die entsprechende Beantwortung ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Abg. Deussen-Dopstadt verwies auf Presseberichte, wonach der Kreis aus der linksrheinischen Gesamtschule „raus sei“ und bat hierzu um Stellungnahme.

Der Landrat teilte mit, dies sei eine Fehlinterpretation. Die Anhörung mit den Bürgermeistern und einem Vertreter der Stadt Bonn habe inzwischen stattgefunden. Als Ergebnis sei festzuhalten, dass Rheinbach und Alfter Gespräche über eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung führen wollten. Deshalb sei der Kreis derzeit „außen vor“, aber nicht „raus.“ Er halte das, was in Alfter derzeit passiere, aber für eine schlechte Entwicklung. So werde hier permanent eine Gesamtschule gefordert, anstatt – was angemessen und vernünftig wäre und man heute bereits haben könnte – eine Sekundarschule zu forcieren.

Abg. Solf merkte an, ihn habe bereits früher geärgert, dass das Thema Gesamtschulen zwischen den Gemeinden völlig unzureichend angegangen worden sei. Nach dem ausgehandelten Schulkonsens im Land habe man nun für die dünner besiedelten Bereiche die Möglichkeit, Gesamtschulen oder Sekundarschulen einzurichten. Dies sei im Interesse der Bildungszukunft der Schüler ausgehandelt worden und nicht, damit die Gemeinden untereinander „diese Spielchen treiben könnten.“ So weit er das derzeit überblicken könne, denke niemand hierbei an die Hauptschüler in der Gemeinde Alfter. Er appelliere daher an die Verantwortlichen, dafür Sorge zu tragen, die Schüler möglichst wohnortnah und möglichst weitgehend unterrichten zu können und nicht lieb gewordenen Zielen aus der Vergangenheit nachzulaufen.

Abg. Krupp unterstrich die Ausführungen ihrer Vorredner. Sie kenne diese Diskussion auch aus Rheinbach und selbstverständlich sei der Elternwille entscheidend. Sie habe aber die Befürchtung, dass die Schwächsten hier die Verlierer sein werden. Die Politik müsse daher genau aufpassen, dass dies nicht passiere.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.